



Kai Whittaker

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kai Whittaker MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An den Landrat,
die Oberbürgermeister,
Bürgermeisterinnen
und Bürgermeister
des Landkreises Rastatt
(per E-Mail)

Berlin, 06.10.2022

Kai Whittaker MdB

E-Mail:

kai.whittaker@bundestag.de

Telefon:

+49 30 227-74890

Parlamentsbüro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wahlkreisbüro:

Ooser Luisenstr. 17
76532 Baden-Baden

www.whittaker.de

*Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Oberbürgermeister,
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und
Bürgermeister des Landkreises
Rastatt,*

herzlichen Dank für Ihren offenen Brief vom 27. September 2022. Was die bundespolitische Ebene betrifft, antworte ich Ihnen gerne als direktgewählter Wahlkreisabgeordneter.

Ich höre Ihre Botschaft klar und deutlich: Trotz besten Willens und einer beeindruckenden Solidaritätswelle der Bevölkerung sind die Kapazitäten zur Versorgung der vielen geflüchteten Menschen erschöpft. Für Landkreis und Kommunen wird die Situation zunehmend untragbar. Die Ampel-Regierung ist in der Pflicht, hier unverzüglich tätig zu werden. Dazu gehört es, die Länder und Kommunen zu unterstützen und das Migrationsgeschehen unter Kontrolle zu bringen.

Als Bundestagsabgeordneter und Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setze ich mich dafür ein, dass die Kommunen endlich angemessen angehört werden. Wir wollen, dass der ohnehin angespannten Wohnraumsituation auf allen Ebenen Rechnung getragen wird, auch durch die Stärkung und Verlängerung zentraler Erstunterbringungsmöglichkeiten.

Die Welle der Unterstützung für die ukrainischen Geflüchteten ist in der Bevölkerung weiterhin ungebrochen. Jedoch hat der von der Ampel-Regierung forcierte Rechtskreiswechsel für die Kommunen tatsächlich viele Probleme mit sich gebracht. Nicht umsonst gab es Warnungen aus der CDU/CSU-Fraktion im Vorfeld der Entscheidung, aber es war ein Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz.

Die Attraktivität Deutschlands ist infolge der im Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten nun noch umfassenderen



Kai Whittaker

Mitglied des Deutschen Bundestages

und großzügigeren Versorgung auch für Ukrainer und Ukraineerinnen gestiegen, die bereits woanders Schutz gesucht oder andere Ziele hatten. Mit diesem, durchaus vorhersehbaren, Ergebnis müssen wir nun umgehen.

Umso wichtiger ist es, nicht nur zu beobachten, sondern alles zu unternehmen, um andere, illegale Migration weitestgehend einzudämmen. Denn der aktuelle Anstieg der Migrationszahlen ist schließlich nicht nur auf ukrainische Kriegsflüchtlinge zurückzuführen, sondern insbesondere auch auf die illegale Migration aus dem Mittleren Osten und Nordafrika. Bereits seit Monaten kommen jeden einzelnen Monat rund 15.000 Menschen aus Ländern wie Afghanistan, Syrien und Irak zu uns und müssen versorgt werden; das bedeutet monatlich eine Stadt wie Gernsbach. Die Tendenz ist weiter steigend.

Die Ampel-Regierung hat diese, sich bereits seit einiger Zeit abzeichnende Entwicklung offensichtlich völlig unterschätzt und tut nichts, um die Lage unter Kontrolle zu bringen und die Kommunen zu entlasten. Eine Steuerung und Ordnung der Migration, wie die CDU/CSU-Fraktion sie immer wieder einfordert, war und ist auch jetzt nicht erkennbar. Im Gegenteil, die Ampel-Regierung setzt weitere Anreize für die Menschen, um nach Deutschland zu kommen. Diese Schaffung von Pull-Faktoren fängt an bei diversen vollmundig angekündigten Aufnahmeprogrammen und unverhältnismäßig hohen Aufnahmezusagen auf europäischer Ebene.

Im Gegensatz zu Deutschland steuern die anderen europäischen Länder längst mit strengeren Regeln entgegen. Innenpolitisch setzt die jetzige Regierung diese Politik der offenen Türen fort – und zwar mit Maßnahmen und Plänen zur Gleichstellung aller Migranten, unabhängig von deren Schutzbedürftigkeit. Leistungserhöhungen wie das geplante Bürgergeld, Bleiberechtsregelungen wie das sogenannte Chancenaufenthaltsrecht, die Öffnung der Kurse für alle und großzügige Einbürgerungspläne sind hier nur einige Beispiele. Auch die zögerliche Haltung der Ampel-Parteien bei Abschiebungen verstärkt den Sog-Effekt nach Deutschland nur noch weiter.

In den Fachausschüssen, bei Debatten im Bundestagsplenum und auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit werden die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ich alles daran setzen, die Dringlichkeit der Situation deutlich zu machen und die Regierung zum Handeln aufzufordern.

Zum Schluss möchte ich mich bei Ihnen, Ihren Mitarbeitenden und allen Freiwilligen bedanken für alles was Sie für die



Kai Whittaker
Mitglied des Deutschen Bundestages

Flüchtlinge tun, insbesondere für die Menschen aus der Ukraine, die auf Grund Putins Angriffskrieg aus ihrem Land geflohen sind. Vor Ort sind Sie nicht für diese Krise verantwortlich, müssen die Konsequenzen aber ausbaden und werden dabei an Ihre Grenzen und darüber hinausgebracht.

Ich bedauere sehr, dass Sie von der Ampelregierung im Stich gelassen werden.

Mit freundlichen Grüßen